

- Swiss Banking

# Seminar der Schweizerischen Bankiervereinigung (SBVg) Aktuelle Steuerfragen im Bankenbereich

Moderation: Jan Weissbrodt | Urs Kapalle

Zürich, 2. Dezember 2021



## Steuern im Kontext der Digitalisierung

Digitale Transaktionsdaten als “Kronjuwelen” der Steuerbehörden?

Er fährt mit dem Zug nach SG  
→ 22.80 = SG-Winterthur  
retour

Allerdings nur am 4.5 und  
30.4? Welchen Pendlerabzug  
geben wir ihm?

Er hat ein Auto!  
Deklariert er das Auto in  
der  
Vermögenssteuererklärung

OH! Er hat eine  
gemeinsames Konto – mit  
einer Frau!  
Unterhaltszahlungen?  
Uneheliches Kind?

Restaurant?  
Lohnausweis?  
eine Kantine?

Er hat tatsächlich ein Kind!  
Ist es ein uneheliches?  
Wo wohnt diese Kind?  
Ist der Lebensmittelpunkt  
doch nicht in Winterthur?

04.05.2021  
04.05.2021  
04.05.2021  
03.05.2021  
03.05.2021  
03.05.2021  
01.05.2021  
  
30.04.2021  
30.04.2021  
30.04.2021

of-Parkhaus Winterthur AG  
serie S  
M  
Restaurant?  
Lohnausweis?  
eine Kantine?  
GmbH Lieferservice  
Peter Hongler Eva ...  
8008 Zürich  
Einkauf Chinderlade + SpielA 29.04.2021, 09:09, V PAY-Karten-Nr.  
SBB CFF FFS

-2.00  
-32.95  
-47.70  
-22.80  
-12.95  
-7.05  
-4.10  
-13.55  
-70.55  
  
  
-58.70  
-22.80

# Warum sind diese Information relevant?

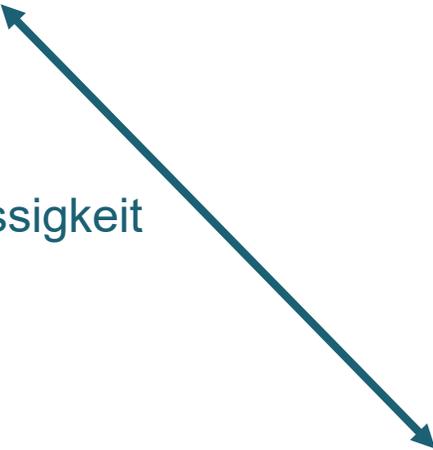
## Mitwirkungspflichtigen gemäss DBG vs. Amtshilfe gemäss Art. 26 OECD MA

### - Art. 126 Weitere Mitwirkungspflichten

<sup>1</sup> Der Steuerpflichtige muss alles tun, um eine vollständige und richtige Veranlagung zu ermöglichen.

<sup>2</sup> Er muss auf Verlangen der Veranlagungsbehörde insbesondere mündlich oder schriftlich Auskunft erteilen, Geschäftsbücher, Belege und weitere Bescheinigungen sowie Urkunden über den Geschäftsverkehr vorlegen.

Frage der Verhältnismässigkeit



### ARTICLE 26

#### EXCHANGE OF INFORMATION

1. The competent authorities of the Contracting States shall exchange such information as is foreseeably relevant for carrying out the provisions of this Convention or to the administration or enforcement of the domestic laws concerning taxes of every kind and description imposed on behalf of the Contracting States, or of their political subdivisions or local authorities, insofar as the taxation thereunder is not contrary to the Convention. The exchange of information is not restricted by Articles 1 and 2.

3. In no case shall the provisions of paragraphs 1 and 2 be construed so as to impose on a Contracting State the obligation:

- a) to carry out administrative measures at variance with the laws and administrative practice of that or of the other Contracting State;
- b) to supply information which is not obtainable under the laws or in the normal course of the administration of that or of the other Contracting State;

## Verhältnismässigkeit des staatlichen Handelns

Verhältnismässigkeitsgrundsatz – ein paar verfassungsrechtliche Vorbemerkungen.

Die traditionelle Trias

1. Eignung – kann der im öffentlichen Interesse stehende Zweck erreicht werden? (d.h. die Steuererhebung)
2. Erforderlichkeit oder Notwendigkeit – gibt es ein milderes Mittel? (hängt von der Steuerart ab)
3. **Verhältnismässigkeit von Zweck und Wirkung der Massnahme bzw. Zumutbarkeit? Bei der Verhältnismässigkeit von Zweck und Wirkung geht es um einen Abwägungsprozess zwischen Eingriffswirkung und Eingriffszweck.**

## Digitale Transaktionsdaten als «Kronjuwelen» der Steuerbehörden?

- Detaillierter Bankauszug ermöglicht eine präzisere Einschätzung für Einkommenssteuerzwecke – unbestritten!
- Digitalisierung reduziert den Aufwand der steuerpflichtigen Person hinsichtlich der Zusammenstellung der Daten (3. Element der Verhältnismässigkeits-Trias), aber reduziert nicht den Eingriff in die Privatsphäre
- Diskussion über Privatsphäre wird wichtiger, da Datenerhebung in der digitalen Welt viel einfacher ist – am Aufwand scheitert es nicht
- Spannungsfeld zwischen Pflicht zur Datenerhebung (vgl. Art. 6 und 7 GwG) und zusätzlichem Druck der Steuerbehörden hinsichtlich Zugang zu diesen Daten
- Sehen wir eine Zentralisierung oder Dezentralisierung der Daten bei den Finanzintermediären (Kryptoisierung des Zahlungsverkehrs)

# Steuern im Kontext der Digitalisierung



[peter.hongler@unisg.ch](mailto:peter.hongler@unisg.ch)



- Swiss Banking

# OECD-Projekt «Besteuerung der digitalisierten Wirtschaft»

2. Dezember 2021

Tamara Pfammatter, SIF

Andreas Risi, UBS

# Agenda

Übersicht

Interessenlage

Zeitplan

Säule 1

Säule 2 – Regelungen

Säule 2 – Funktionsweise – IIR und UTPR

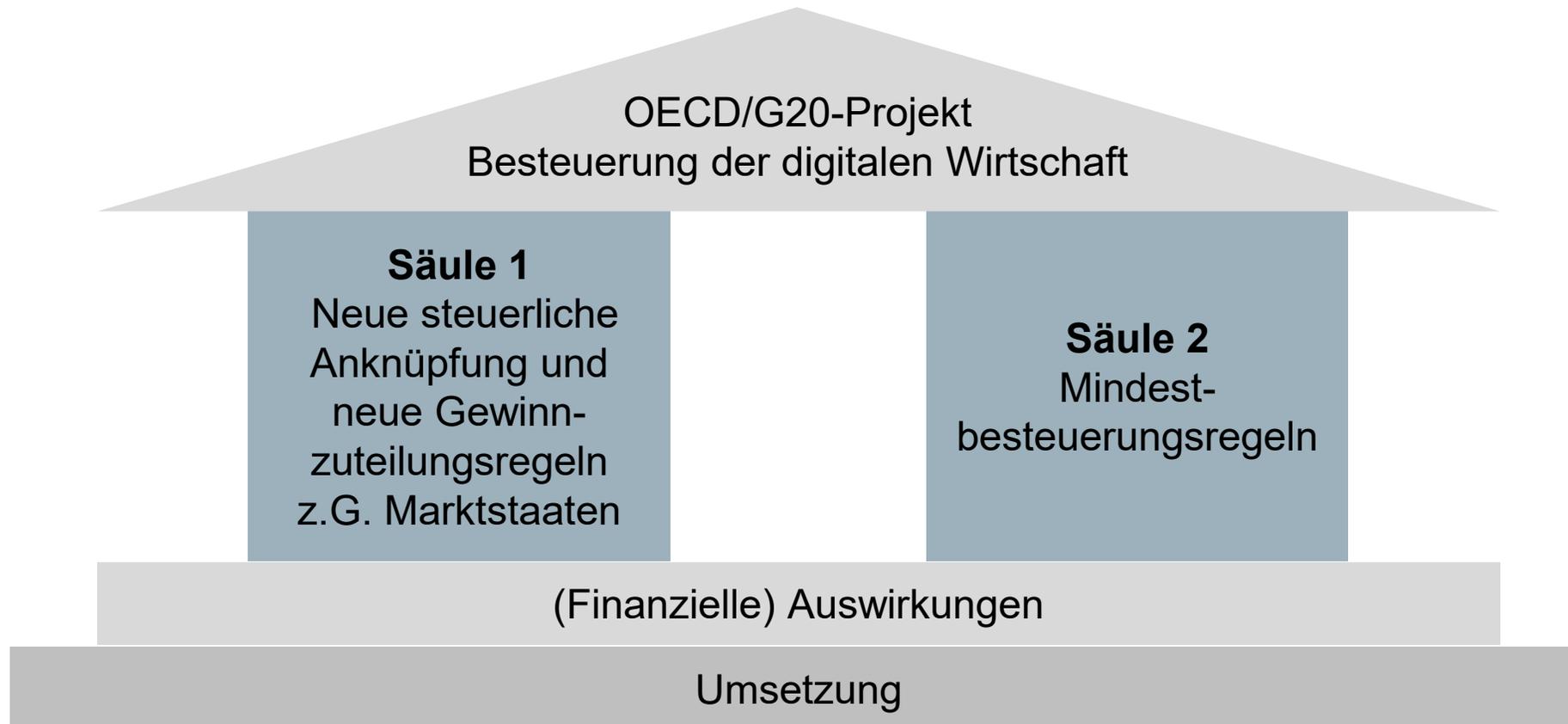
Säule 2 – Betroffenheit Schweizer Banken

Säule 2 – Bemessungsgrundlagenunterschiede Schweiz <-> GloBE

Minimalbesteuerung – Umsetzung in der Schweiz

Minimalbesteuerung – Anliegen der Banken

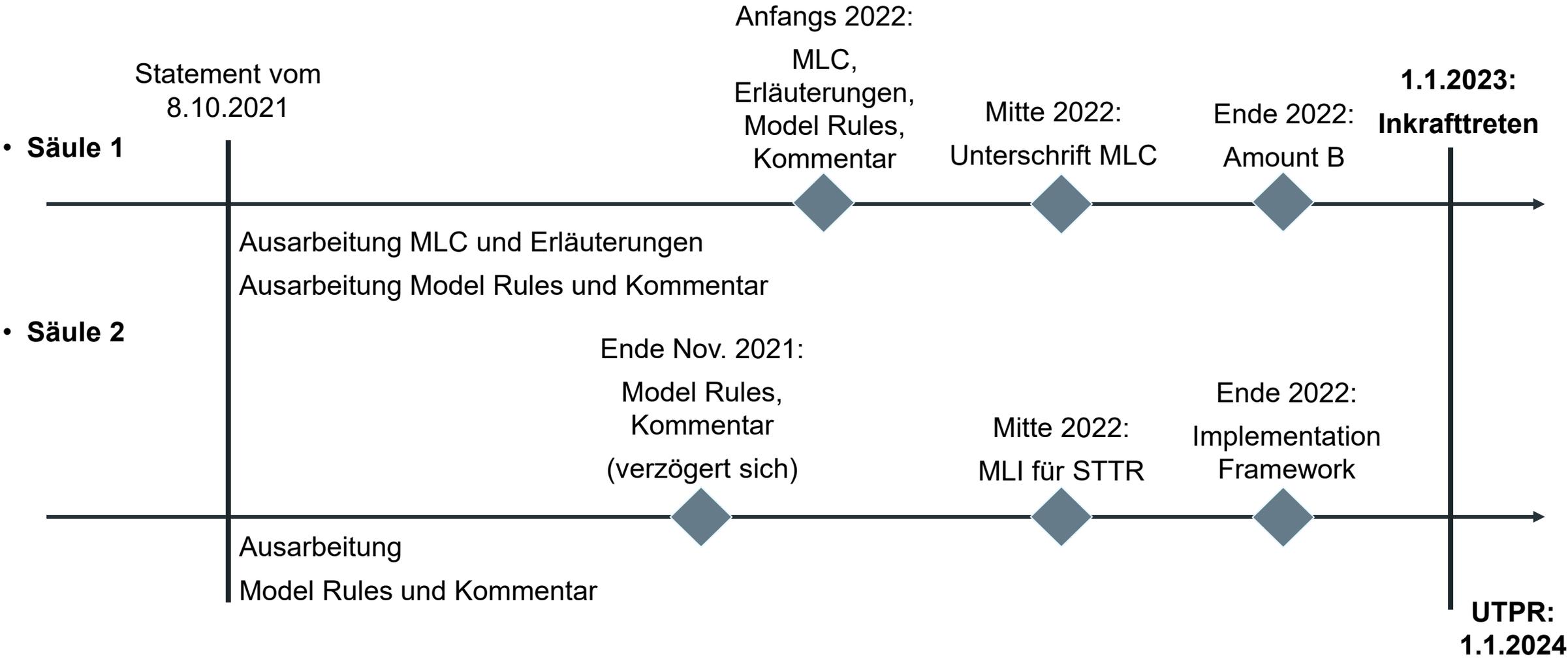
# Übersicht



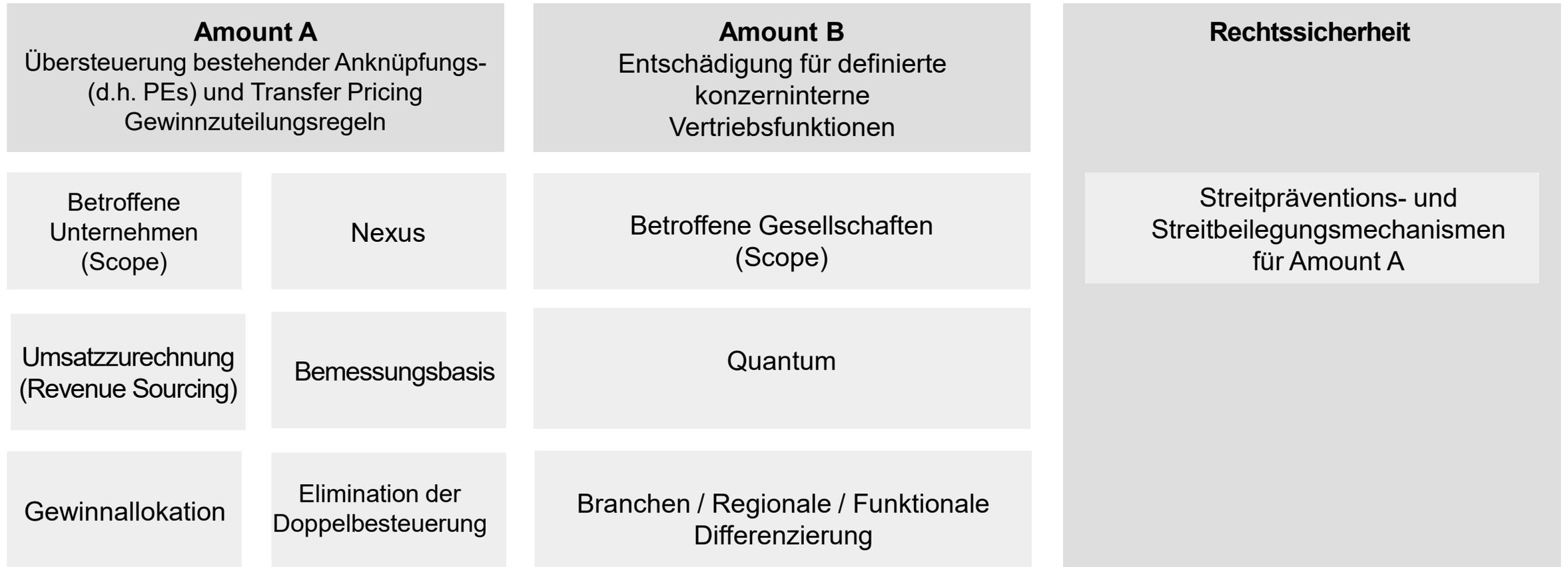
# Interessenlage

- **Unterschiedliche Interessen der Länder zu den Säulen 1 und 2:**
  - USA
  - EU; insbesondere D; F, I, ESP, AUT etc.; nordische Staaten u.a.m.
  - Schwellen- und Entwicklungsländer
  - *Investment Hubs*; CH, SGP, IRL etc.; Offshoreplätze; u.a.m.
- **Unterschiedliche Interessen der Branchen zu den Säulen 1 und 2:**
  - Banken: Carve-out Säule 1 wahrscheinlich, kein Carve-out für Säule 2

# Zeitplan

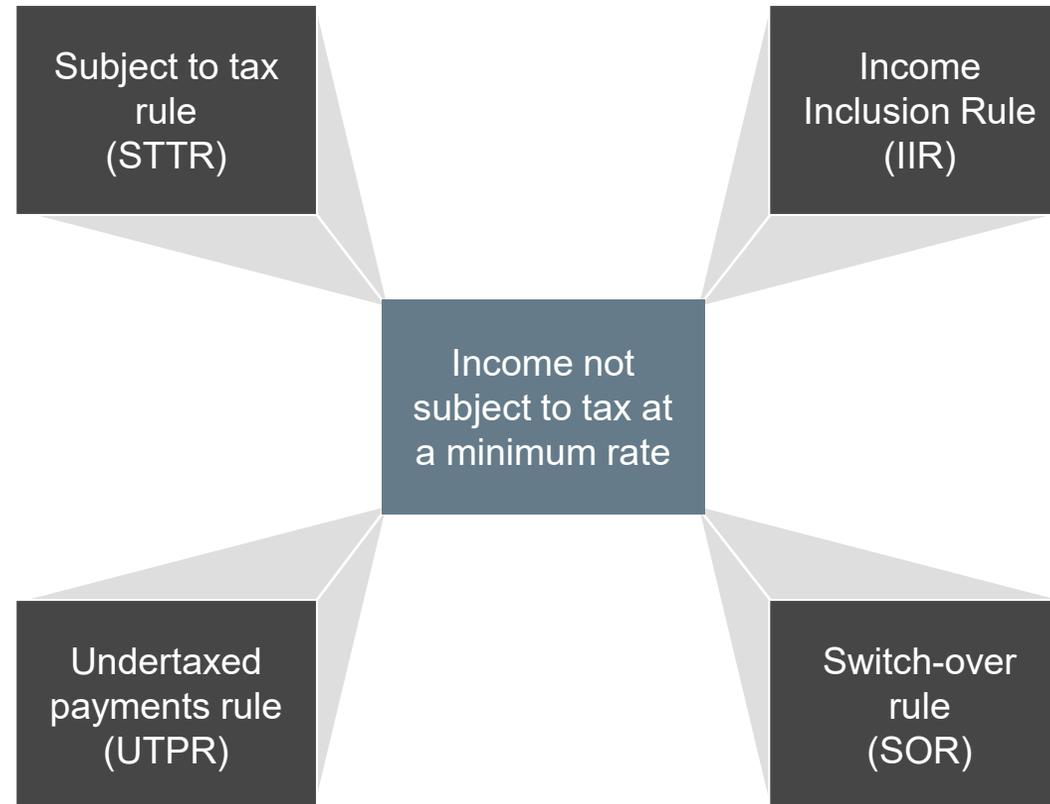


# Säule 1



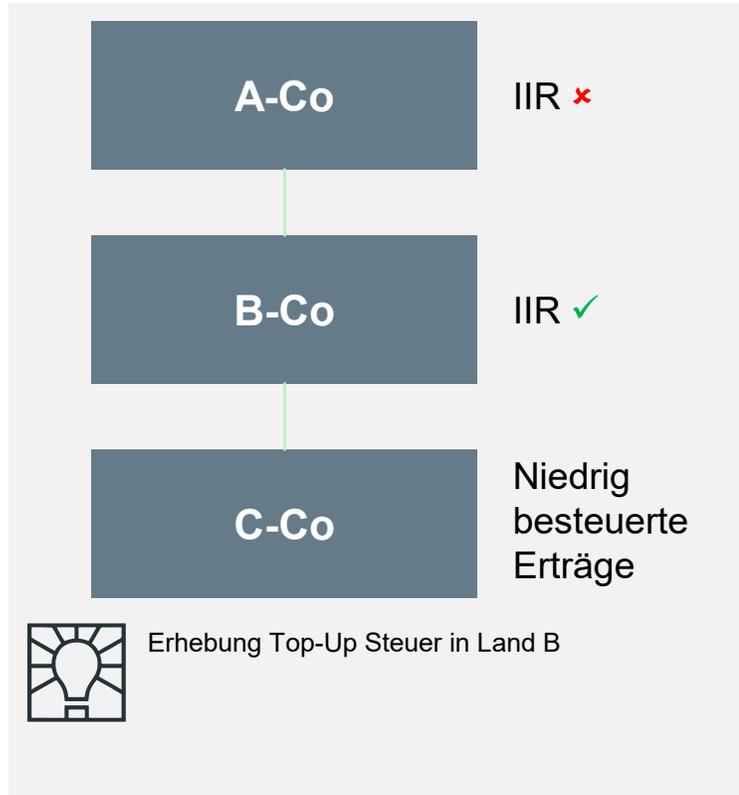
Implementierungs-Framework

## Säule 2 – Regelungen

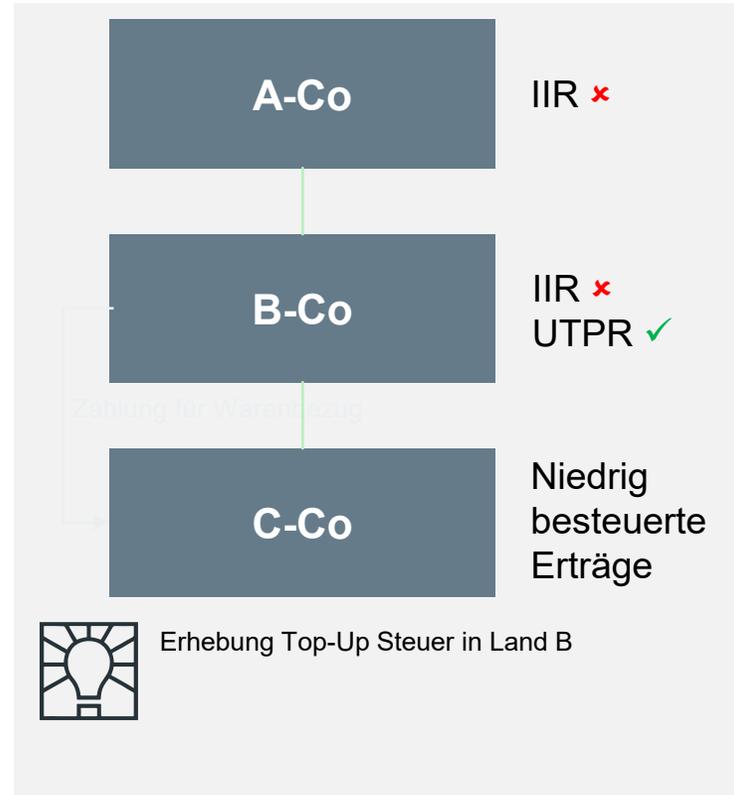


# Säule 2 – Funktionsweise – IIR und UTPR

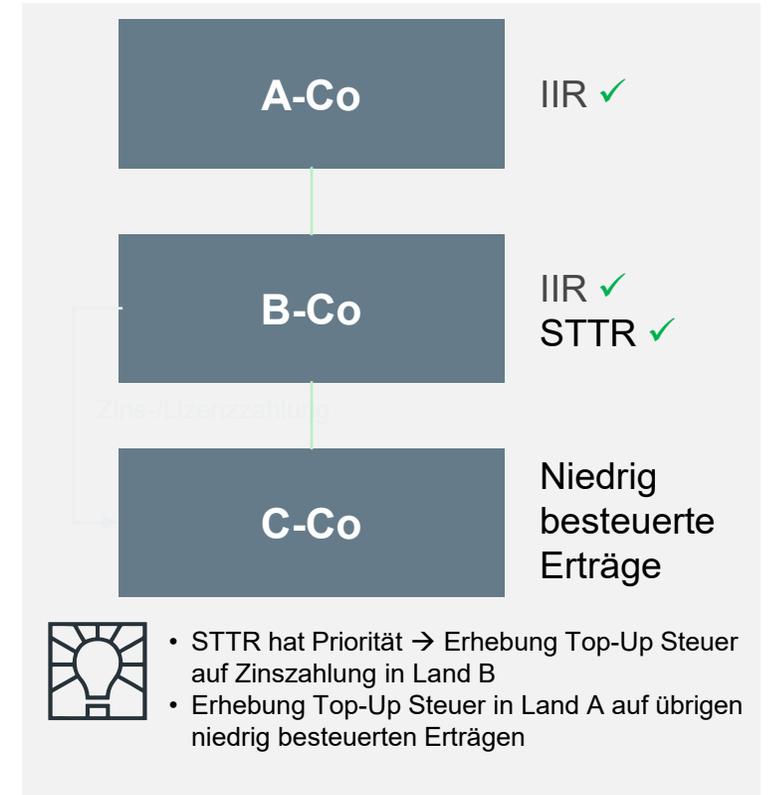
## Top-Down Ansatz der IIR



## UTPR als Auffanglösung



## IIR kombiniert mit STTR



Legende:

✓ Regel national / bi- resp. multilateral eingeführt

✗ Regel national / bi- resp. multilateral nicht eingeführt

## **Säule 2: Betroffenheit Schweizer Banken**

### Unternehmen „in Scope“

- International tätige Unternehmen
  - Tochtergesellschaften oder Betriebsstätten in einem anderen Land als dem Hauptsitzstaat
- Umsatz > EUR 750 Mio.
  
- Betroffene Unternehmen erleiden
  - Operative Bürden und Risiken
  - Zusätzliche Steuerbelastung

## Säule 2: Betroffenheit Schweizer Banken

### Operative Bürden und Risiken

- Operative Betroffenheit – Zusätzliches Gewinnsteuersystem
  - Entwicklung eines neuen globalen Steuerrechts („GloBE“)
  - zur Vergleichbarkeit der Gewinne / Steuerlast in jedem Land der Welt
- GloBE ist für betroffene Unternehmen in jedem Land umzusetzen
  - Auch wenn die OECD nur „Musterregeln“ vorgibt, die Regeln sind faktisch verbindlich
- GloBE-Bemessungsgrundlage
  - Basis: Rechnungslegungsstandard für konsolidierte Jahresrechnung im Hauptsitzstaat (IFRS, US GAAP, ev. Swiss GAAP FER, kein Wahlrecht)
    - Kein Swiss GAAP (FER) als Basis, wenn Gruppenbuchhaltung nach IFRS!
  - «Jurisdictional Blending»: Aggregierung der Erfolgsrechnungsergebnisse der Einzelabschlüsse nach Gruppenrechnungslegungsstandard, allenfalls teilweise Subkonsolidierung
    - IFRS Einzelabschlüsse bisher kaum vorhanden, neu Pflicht
- OECD «GloBE» Steuerregeln – Überführung von IFRS / US GAAP usw. auf GloBE Tax Base

## Säule 2: Betroffenheit Schweizer Banken

### Operative Bürden und Risiken – Betroffene Prozesse

- Steuererklärung
  - Zusätzliche GloBE Steuererklärung(en) auf GloBE Basis – Aufwand und Risiken
  - Steuerveranlagung durch (welche?) Steuerverwaltung
    - Ist Steuerverwaltung komfortabel für Veranlagung?
    - Veranlagung nur bei Zertifikat (1G, GETESTET durch Revisionsstelle)? „Zertifikat“ für bisher nicht geprüfte IFRS / US GAAP Einzelabschlüsse und Überführung auf GloBE
- Zusätzliches Element für Steuerberechnungen (Monat / Quartal / Jahr)
  - Parallele Steuerberechnung lokal und GloBE, höherer Steuerbetrag greift, zusätzliche operative Risiken
- Unsicherheiten für Deferred Tax Accounting (latente Steuerpositionen)
  - Was wird mit was verglichen für Temporary Difference Deferred Tax Assets / Liabilities (TD DTA / DTL)?
  - Welche Verlustvorträge sind massgebend für NOL DTA?
- Zusatzaufwand für Aufrechnungen, unterschiedliche Sichtweisen der Staaten, Transferpreisanpassungen

## Säule 2: Betroffenheit Schweizer Banken

### Zusätzliche Steuerbelastung

- Zusatzbelastung aufgrund ausländischer Unterbesteuerung
  - Erwartung: Mehrheit der Staaten stellt lokale Minimalbesteuerung sicher.
- Sicherstellung Mindestbesteuerung in der Schweiz
  - Wenn
    - Summe, für jede Schweizer Rechtseinheit, Schweizer Steuerbemessungsgrundlage x jeweils anwendbarer Schweizer Steuersatz
  - KLEINER ALS
    - GloBE Bemessungsgrundlage in der Schweiz x 15%
  - Dann
    - Hochschleusen der Schweizer Steuerbelastung auf GloBE Bemessungsgrundlage x 15%
- Wie funktioniert es?
  - OECD Regelwerk Top-up Tax – Ausländische Unterbesteuerung
  - Schweizer Minimalbesteuerung – Inländische Unterbesteuerung

## Säule 2: Bemessungsgrundlagenunterschiede Schweiz <-> GloBE IFRS / US GAAP vs. Schweizer Buchführungsrecht (nicht FER)

- Unterschiedliche Ansätze für Aktivierungen, Bewertungen, (technische) Rückstellungen, weitere Beispiele:

	<b>IFRS / US GAAP</b>	<b>Swiss GAAP</b>
<b>Bilanzwahrheit</b>	<i>True and Fair View</i>	<i>Vorsichtsprinzip</i>
<b>Pensionskasse</b>	Vorsorge Guthaben und Verbindlichkeiten nach aktuarischen, dynamischen Grundsätzen, Bandbreitenansätze	PK Verbindlichkeiten gemäss Schweizer Grundsätzen in der PK verbucht, in der Regel Unter- und Überdeckungen in Unternehmung <i>nicht verbucht</i>
<b>Erfolgsrechnung / Equity</b>	Signifikante Positionen über <i>Equity / OCI</i> erfasst	Grundsätzlich ausschliesslich über Erfolgsrechnung, nur wenige Ausnahmen
<b>Bewertung eigener Verbindlichkeiten</b>	Bewertungsanpassungen	in der Regel keine Bewertungsanpassungen
<b>Aufgeschobene Vergütung</b>	Aufwand über Vestingperiode verteilt	Verschiedene Varianten, über Vestingperiode verteilt für Banken

## Säule 2: Bemessungsgrundlagenunterschiede Schweiz <-> GloBE

Unterschiede Überführung Buchhaltung => Steuerbemessungsgrundlage

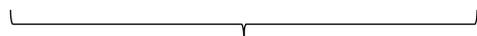
	OECD GloBE	Schweizer Steuern
<b>Gruppenbesteuerung</b>	« <i>Jurisdictional Blending</i> », Zusammenfassung der Aktivitäten in einem Land	Jede Rechtseinheit der Gruppe mit Ansässigkeit oder Betriebsstätte in der Schweiz bildet <i>eigenständiges</i> <i>Steuersubjekt</i>
<b>Verlustvortrag</b>	Wohl <i>unbeschränkter Verlustvortrag</i> , bei <i>Einstieg</i> in GloBE Übernahme lokale Verlustvortragsbeträge und Regeln	Verlustvortragsperiode auf <i>7 Jahre</i> beschränkt
<b>Steueranreize</b>	Grundsätzliche keine	Patent Box, F&E Zusatzabzug, Step-up, Notional Interest Abzug
<b>Abzugsfähigkeit von Steuern</b>	Gewinnsteuern <i>nicht abzugsfähig</i> , Gewinn vor Steuern massgebend	Gewinnsteuern <i>abzugsfähig</i>
<b>Beteiligungen</b>	Erträge, Abschreibungen und Gewinne aus massgeblichen Beteiligungen <i>ausgenommen</i>	<i>Beteiligungsabzug</i> , steuerwirksame Abschreibungen und Wiederaufwertungen
<b>Verluste ausländischer Zweigniederlassungen (CH Sitz)</b>	Keine Verlustübernahme	Verlustübernahme und allenfalls Rücktrag

# Minimalbesteuerung – Umsetzung in der Schweiz

## Zusatzsteuer

$$1. \quad \text{+} \times \text{CH Steuersatz} = \text{+ CH}$$

2. + Zusatzsteuer



$$\text{15\%} - \text{+ CH}$$

## Alternativsteuer

$$1. \quad \text{■} \times \text{CH Steuersatz}$$



**Alternativsteuer**

2. (ggf. + Differenz analog Zusatzsteuer)

## Alternative Mindeststeuer

$$\text{■} \times 15\%$$

$$\therefore \text{+} \times \text{CH Steuersatz}$$

---

**Alternative Mindeststeuer**

---

 Kumulierter steuerbarer Gewinn aller CH Gesellschaften gemäss geltendem Recht  Steuerbarer Gewinn gemäss OECD

## Säule 2: Schweizerische Sicherstellung Minimalbesteuerung Anliegen der Banken

- Steuerbelastung vieler Schweizer Banken > 15%
    - ABER: Bemessungsunterschiede – vor allem über die Zeit, Erwartung:
      - Schweizer Steuerlast > 15% GloBE in vielen Jahren
      - Schweizer Steuerlast < 15% GloBE in vereinzelt Jahren
        - Hochschleusen auf 15% GloBE
  - Anliegen der Banken
    - Mechanismus für *zeitliche* Tax Credits zur *zeitlichen* Glättung
    - Allgemeine Verbesserung des Fiskalumfelds für Banken
      - Beseitigung Mehrfachbelastung aufgrund fehlender Gruppenbesteuerung
      - Beseitigung Tax Occulte bei der Mehrwertsteuer
      - Beseitigung der Benachteiligung des Handelsorts bei der Umsatzabgabe
- Kommt Zeit, kommt Rat!*

# Kontakt

## **Tamara Pfammatter**

Abteilungsleiterin Steuern

Eidgenössisches  
Finanzdepartement EFD  
Staatssekretariat für Internationale  
Finanzfragen SIF  
Bundesgasse 3, 3003 Bern  
+41 58 481 93 43  
tamara.pfammatter@sif.admin.ch

## **Andreas Risi**

UBS Head of Tax Switzerland

UBS Business Solutions AG  
Europaallee 15  
8098 Zürich  
+41 44 234 73 10  
andreas.risi@ubs.com

- Swiss Banking

# Betriebsstätten – Trends und neueste Entwicklungen

Thomas Hug

Deputy Head Group Tax, Bank Julius Bär & Co. AG

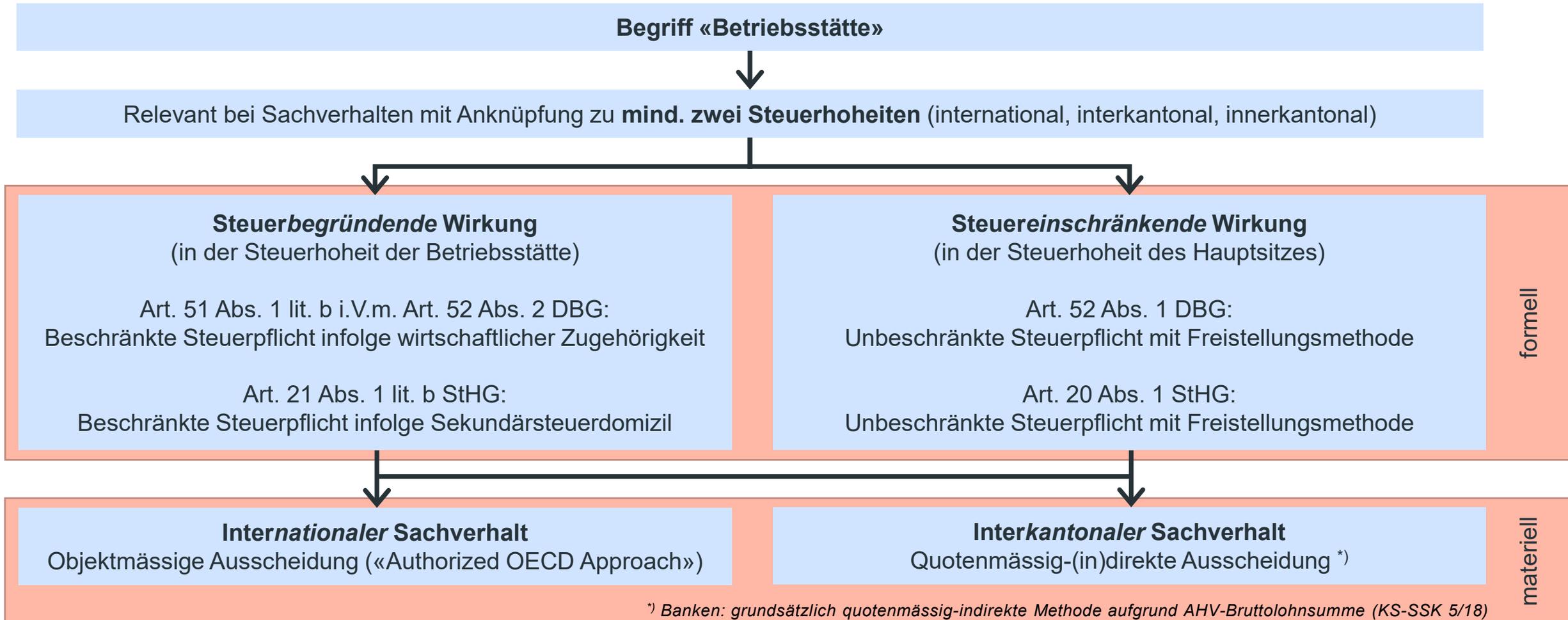
1. Begriff «Betriebsstätte»
2. Bankenspezifische Sachverhalte
3. Home Office als Betriebsstätte?
4. Virtuelle Präsenz als Betriebsstätte?
5. Fazit

- Swiss Banking

# 1. Begriff «Betriebsstätte»

# 1. Begriff «Betriebsstätte»

## Funktions- und Wirkungsweise



# 1. Begriff «Betriebsstätte»

## Legaldefinition

- **Internationale Betriebsstätte**
  - **Unilaterales Recht** (Art. 51 Abs. 2 DBG)
    - «**Feste Geschäftseinrichtung**, in der die Geschäftstätigkeit eines Unternehmens ganz oder teilweise ausgeübt wird»
    - Illustrative Positivliste: «Zweigniederlassungen, Fabrikationsstätten, Werkstätten, Verkaufsstellen, ständige Vertretungen, [...], Bau- oder Montagestellen von mindestens zwölf Monaten Dauer»
  - **Bilaterales Recht** (Art. 5 OECD-MA)
    - «**Feste Geschäftseinrichtung**, durch die die Geschäftstätigkeit eines Unternehmens ganz oder teilweise ausgeübt wird» (Abs. 1)
    - Illustrative Positivliste: «Ort der Leitung, Zweigniederlassung, Geschäftsstelle, Fabrikationsstätte, Werkstätte [...]» (Abs. 2)
    - Abschliessende Negativliste: Hilfs- und Vorbereitungstätigkeiten (Abs. 4)
    - Spezialfälle: Bauausführung/Montage (Abs. 3), Vertreter (Abs. 5/6, je nach DBA mit post-BEPS-Definition)
    - Sonderfall: Dienstleistungsbetriebsstätte (vorwiegend in CH-DBA mit Schwellen- und Entwicklungsländer\*)
- **Interkantonale Betriebsstätte**
  - Keine Legaldefinition
  - Definition BGer: «**Ständige körperliche Anlage oder Einrichtung**, in der ein **qualitativ und quantitativ wesentlicher Teil** der Geschäftstätigkeit eines Unternehmens ausgeübt wird» (StE 2009 A 24.24.41 Nr. 3)
  - Kantonale Steuergesetze: teilweise keine Legaldefinition (AR, BL, BS, GL, SO, SZ, TG, ZG, ZH), teilweise Legaldefinition gemäss DBG

<sup>\*) Afrika: Algerien, Sambia; Asien: Aserbeidschan, China, Hong Kong, Indien, Kasachstan, Pakistan, Philippinen, Saudi-Arabien, Singapur, Taiwan, Thailand, Vietnam;  
Europa: Türkei; Südamerika: Argentinien, Chile, Peru</sup>

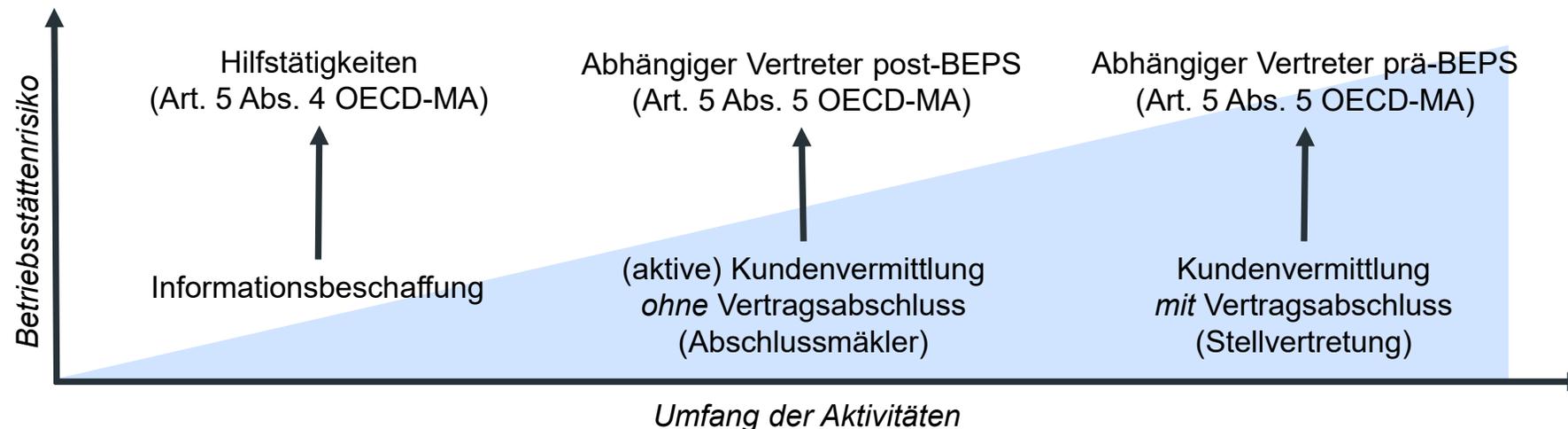
- Swiss Banking

## 2. Bankenspezifische Sachverhalte

## 2. Bankenspezifische Sachverhalte

### Representative Office («RepOffice»)

- Dauerhafte und gewerbsmässige Vertretung einer ausländischen Bank durch Personen zu Werbe- und anderen Zwecken, ohne jedoch für die ausländische Bank Geschäfte abzuschliessen (Definition Auslandsbankenverordnung FINMA)
- Der Umfang der regulatorisch erlaubten Tätigkeiten von RepOffices bei Banken kann je nach Land sehr unterschiedlich sein (passive Repräsentanz [bspw. China] vs. aktive Anwerbung von Kunden [bspw. Israel])
- Länderspezifische Abklärung notwendig; je aktiver das Verhalten der Mitarbeiter vor Ort, desto grösser das Risiko einer Betriebsstätte



## 2. Bankenspezifische Sachverhalte

### Private Banking Berater mit Reisetätigkeit

- **Voraussetzungen - mögliche Anknüpfungspunkte für Betriebsstätte**

- **Feste Geschäftseinrichtung (Art. 5 Abs. 1 OECD-MA):** Nutzung Räumlichkeiten von Konzerngesellschaften, regelmässige Nutzung von gleichen Hotels etc.
- **Abhängiger Vertreter (Art. 5 Abs. 5 OECD-MA):** Voraussetzung «Vertragsabschluss» wird in vielen Ländern eher extensiv ausgelegt (bspw. Entgegennahme von Börsenaufträgen, Beratung), Ausweitung des Begriffes durch BEPS-Projekt («playing principle role in conclusion of contract»)
- **Dienstleistungsbetriebsstätte:** physische Präsenz während einer gewissen Anzahl Tage (Problematik: Wie werden Tage gezählt? «*project or connected project*» = pro Berater oder aller Berater zusammen?)



- **Folgen - «Lessons Learned» aus Fall Italien**

- AIA/Selbstanzeigen von Kunden als Ausgangspunkt, weitere denkbare Quellen: Abgleich mit Immigrationsdaten
- Gewinnsteuerliche Betriebsstätte könnte weitere Probleme verursachen: lokale MWST-Registrationspflicht, Einkommenssteuer und Sozialversicherung bei Mitarbeitenden, regulatorische Registrierungspflicht
- Lösung Doppelbesteuerungskonflikt über Verständigungsvereinbarung (MAP) funktioniert in der Praxis nicht zwingend
- Ausländische Betriebsstätte bedeutet nicht automatisch, dass diese von den Schweizer Steuerbehörden anerkannt wird; Folgen: effektive Doppelbesteuerung, keine Abzugsfähigkeit ausländische Busse und Steuern (Meinung SSK, AGUN)

- Swiss Banking

# 3. Home Office als Betriebsstätte?

### 3. Home Office als Betriebsstätte?

«Hot Topic» (noch) ohne etablierte Verwaltungspraxis

- **Thematik muss differenziert betrachtet werden**

- **während COVID-19:** nationale und viele internationale Steuerbehörden sowie die OECD «ignorieren» die Thematik bewusst mit der Begründung, dass es sich um eine zeitlich beschränkte Thematik handelt
- **nach COVID-19:** noch keine etablierte Verwaltungspraxis

- **Interkantonale Sachverhalte**

- Thematik wird aktuell in AGUN der SSK diskutiert
- Begriff muss im interkantonalen Verhältnis streng ausgelegt werden, damit eine «*unzweckmässige Zersplitterung der Besteuerung*» vermieden werden kann (BGE 134 I 303, 307)
- Versicherungsvertreterbüro mit weniger als drei Mitarbeitenden ist keine Betriebsstätte (BGer, 15.12.2016, 2C\_216/2014)

- **Internationale Sachverhalte**

- Noch kein Trend erkennbar
- Thematik ist bei der OECD auf der Agenda
- Keine «Schlüsselgewalt», aber Beitrag des Arbeitgebers an Infrastrukturkosten?
- Keine Pflicht, aber bewusste Reduktion der Arbeitsplätze durch Arbeitgeber (shared office space)?
- Thematik muss holistisch betrachtet werden (Einkommenssteuer, Sozialversicherungen, MWST, regulatorische Bewilligungen)



- Swiss Banking

# 4. Virtuelle Präsenz als Betriebsstätte?

## 4. Virtuelle Präsenz als Betriebsstätte?

### Trend zur «Verwässerung» des historischen Begriffes

- Historischer Betriebsstättenbegriff knüpft an eine (**minimale**) **physische** Präsenz im Land an (Art. 51 Abs. 2 DBG, Art. 5 OECD-MA)
- Partielle Entwicklung hin zu einer **virtuellen Betriebsstätte** ohne physische Präsenz
  - Diskussionen im Rahmen des BEPS-Projektes: Nexus im Marktstaat ohne physische Präsenz (Pillar I)
  - DBA Schweiz – Saudi-Arabien: Dienstleistungsbetriebsstätte auch ohne physische Präsenz (Art. 5 Abs. 3 lit. b)?

z. B. mit den Philippinen<sup>5</sup> oder mit Vietnam<sup>6</sup>. Die Frage, ob nach saudischer Praxis die **Dienstleistungen physisch im Betriebsstättenstaat erbracht** werden müssen, ist derzeit Gegenstand von Beratungen der saudischen Behörden.

Auszug aus Botschaft Bundesrat (BBl 2018 5273)

weiteren Ländern, die mit der Schweiz vergleichbar sind. Was die Schweiz mit Saudi-Arabien eingeht, ist also keine Ausnahme, sondern es ist der **saudi-arabische Standard**, der international nicht nur von Saudi-Arabien gepflegt wird, sondern eben auch von anderen Ländern. Aber er entspricht, und das hat Herr Schmid ausgeführt, eigentlich nicht unserer Idealvorstellung und dem UNO-Standard. Es gibt hier eine entsprechende **Abweichung in dieser Frage** der Betriebsstätten.

Wortmeldung BR Maurer bei Verhandlung im SR

- DBA Schweiz – Äthiopien: Einkünfte aus der Erbringung von «Beratungsdiensten» durch in der Schweiz domizilierten Personen dürfen auch ohne Betriebsstätte in Äthiopien besteuert werden (Art. 21 Abs. 4 i.V.m. Art. 22 Abs. 2 lit. c)
- Israel: extensive, unilaterale Auslegung des historischen Begriffs, insb. im Kontext digitaler Dienstleistungen
- Art. 12b UN-MA (Version 2021): Besteuerung von digital erbrachten Dienstleistungen («automated digital services»)
- Verwässerung führt zu einer **Atomisierung der Steuerpflicht** und einer Verschiebung vom Ort der Wertschöpfung zum Ort des Konsums
- Konzeptionelle Abkehr des Grundsatzes **Gewinnsteuer** als «Wertschöpfungssteuer» und **Mehrwertsteuer** als «Konsumsteuer»?

- Swiss Banking

# 5. Fazit

## 5. Fazit

### Take-aways

- Trotz seiner grossen Bedeutung ist der Betriebsstättenbegriff **unscharf formuliert**, was gerade in industriespezifischen Sachverhalten einen **erheblichen Interpretationsspielraum** mit sich bringt
- **Management des Betriebsstättenrisikos** im grenzüberschreitenden Geschäft immanent wichtig, da die Folgen – nicht nur (gewinn-)steuerlich – sehr materiell sein können
- **Home Office** begründet *mittelfristig eher international* und weniger interkantonal eine Betriebsstätte
- Trend zur «Verwässerung» des historischen Betriebsstättenbegriffs mit der Folge einer **Atomisierung des Steuersubstrats**

# Kontakt

## **Thomas Hug**

Bank Julius Bär & Co. AG

Deputy Head Group Tax

[thomas.hug@juliusbaer.com](mailto:thomas.hug@juliusbaer.com)

+41 58 887 51 67

# Update Verrechnungssteuer und Stempelabgaben

Seminar der Schweizerischen Bankiervereinigung (SBVg) - Aktuelle Steuerfragen im Bankenbereich (02.12.2021)

Christoph Besson



# Agenda

- Ausgangslage bei der VST
- Vorlage des Bundesrates zur Änderung des VSTG vom 15. April 2021
- Kernelemente der VST-Reform gem. Bundesrat
- Weitere Entwicklungen in der parlamentarischen Beratung
- Stempelabgaben

# Ausgangslage VST

# Reformbedarf bei der VST

**Reformbedarf** ist grundsätzlich gegeben

## Vorteile einer VST-Reform

- **Belebung** Schweizer **FK-Markt**
- Attraktiverer **(Re-)Finanzierungsmarkt** für Unternehmen und die öffentliche Hand
- Schweizer Fonds werden [unwesentlich] attraktiver (VST-Abzug nur noch auf den Erträgen aus Equity)
- Geringerer **administrativer Aufwand und Kosten** bei den Anlegern (Wegfall der VST-Rückforderung)

# Reformbedarf bei der VST

## Eckwerte einer VST-Reform

- **Tiefe Komplexität**
- **Kosten** (Implementierung / Unterhalt)
- **Aufwand / Umsetzbarkeit** (adäquates Kosten/Nutzen-Verhältnis)
- **Haftungsrisiken** (Massengeschäft; anerkannte Datenlieferanten, keine rückwirkenden Korrekturen)
- **Keine Wettbewerbsverzerrung**
  - Vielfalt der Geschäftsmodelle der Banken
  - Stärke des Bankenplatzes Schweiz
  - Die Vielfalt ist im Interesse von Kundschaft und Volkswirtschaft
  - Unterschiedliche Betroffenheit der einzelnen Institute durch die Reform

# Bisherige Reformvorhaben

## Reformvorschläge 2010/12 und 2014

- Ziel: Stärkung des Schweizer FK-Marktes
- **ZAST** anstelle Schuldnerprinzip, freiwillige Meldung (2014)
- Fokus auf **Zinsen**, keine Änderungen bei den inländischen Dividenden
- Ausweitung des **Sicherungszwecks auf ausländische Titel**
- Reformversuche **scheiterten** an
  - **Komplexität** des ZAST-Modelles
  - **Kosten/Nutzen-Verhältnis** für die Umsetzung

# In der Zwischenzeit umgesetzte Reformschritte

## Präzisierung Verwaltungspraxis bezüglich Mittelrückfluss bei inländisch garantierten Auslandsanleihen

- Präzisierung der Verwaltungspraxis zu Art. 14a VSTV vom 5. Februar 2019
- **Verwaltungspraxis lockert** die Bedingungen für den Mittelrückfluss **erheblich**, ohne dass die ausländische Anleihe in eine Schweizer Anleihe **umqualifiziert** wird und die **Zinszahlungen** damit **der VST unterliegen**

## Berechnung des nicht-schädlichen Mittelrückflusses

- **Verrechnungsvariante**: Mittelrückfluss ist nicht grösser als die **Summe der Darlehen** der inländischen Konzerngesellschaften **an ausländische Konzerngesellschaften**
- **Eigenkapitalvariante**: Mittelrückfluss ist nicht grösser als die Summe der **kumulierten Eigenkapitale** sämtlicher ausländischer Gesellschaften des Konzerns
- Die Eigenkapital- und die Verrechnungsvariante sind **kumulativ anwendbar**

# In der Zwischenzeit umgesetzte Reformschritte

## Befristete Ausnahme der TBTF-Instrumente von der VST

- Befristung gem. Art. 5 Abs. 1 lit. i. VSTG
- 2012, Verlängerung 2016
- Auslaufen Ende 2021
- Antrag Bundesrat auf Verlängerung um weitere 5 Jahre (2022 – 2026)
- Zustimmung NR (März 2021) und SR (Juni 2021)

→ Ziel: Qua VST-Reform final regeln

# Bisherige Reformvorhaben

## Reformvorschlag III (2019/2020)

- **Eckwerte Bundesrat** vom Juni / September 2019
- **ZAST** anstelle Schuldnerprinzip **bei Zinsanlagen**
- Fokus **Ausweitung Sicherungszweck** der Verrechnungssteuer
- Ausweitung der Sicherung **auf ausländische Zinsanlagen**
- **Tagfertige Abrechnung** der ZAST
- ZAST auch bei indirekten in- und ausländischen Zinsanlagen

# Rückblick – Entwicklungen bei der VST

## Vorlage des Bundesrats vom April 2020

- Eckwerte Bundesrat vom Juni / September 2019
- Vorlage **basierte** im Wesentlichen auf dem **Reformvorschlag 2014**
- **ZAST** auf Zinsanlagen für **natürliche Personen** mit Domizil **Schweiz**
- **Ausweitung des Sicherungszwecks** auf ausländische Zinsanlagen
- **Ergebnis** der Vernehmlassung überwiegend **ablehnend**
  - Komplexität und Umsetzungspraktikabilität des ZAST-Modelles
  - Tagfertigkeit, Qualifikation von Valoren und Zahlungen
  - Kosten/Nutzen-Verhältnis ungünstig

# Rückblick – Entwicklungen bei der VST

## Anpassung Eckwerte im September 2020

- Bundesrat passt die Eckwerte seiner Vorlage vom April 2020 an
  - **Abschaffung der VST** auf allen inländischen **Obligationen**
  - Beibehaltung VST auf Zinsen aus **Kundenguthaben** für **natürliche Personen** mit Domizil **Schweiz**
  - Beschneidung des Sicherungszwecks der VST statt Ausweitung
  - Fokus auf Umsetzungspraktikabilität
- **Neue Vorlage** des Bundesrat auf Basis der angepassten Eckwerte per **15. April 2021**

**Botschaft vom 15. April 2021**

# Eckwerte der Botschaft vom 15. April 2021

- **Abschaffung VST** auf allen inländischen **Obligationenzinsen**
  - **Keine Übergangsregelung**
    - Befreiung unabhängig von Ausgabezeitpunkt
    - Ab Inkrafttreten
  - Inkl. Strukturierte Produkte mit Obligationencharakter
  - **Keine Änderung** bei der VST bei inländischen **kollektiven Kapitalanlagen**
- Limitierung der VST auf **Kundenguthaben** von **natürlichen Personen** mit Domizil **Schweiz**
- Schaffung der gesetzlichen Grundlage für die Erhebung der VST auf Ersatzzahlungen
- Abschaffung der **UA** auf **inländischen Obligationen**
- Keine Änderung bei der VST bei Equity

# Eckwerte der Botschaft vom 15. April 2021

## Kundenguthaben

- Konto bei einer beaufsichtigten Bank (resp. Versicherungsunternehmen)
- Konto ist jederzeit verfügbar und widerrufbar (keine Kundenguthaben: Festgelder, Termingelder)

## VST-Erhebung auf Zinsen

- **Kundenguthaben** von **natürlichen Personen** mit Domizil **Schweiz**
- Einzelunternehmen (nicht: Personengesellschaften, juristische Personen)
- **Ermittlung** des Wohnsitzes auf **Basis der Vorgaben der VSB**
- **Massgebend** ist der **Wohnsitz** gemäss VSB **im Zeitpunkt der Ertragsfälligkeit**
- Bei verspätet gemeldetem Zuzug in die Schweiz resp. Wegzug aus der Schweiz oder bei verspäteter Bearbeitung des Wohnsitzwechsels durch die Bank muss die Bank eine **nachträgliche Korrektur** vornehmen

# Eckwerte der Botschaft vom 15. April 2021

## Weitere Reformelemente

- Schaffung einer **gesetzlichen Grundlage** zur Erhebung der **VST auf Ersatzzahlungen**
  - KS-ESTV Nr. 13 von 2018, Entscheid des BGer vom 16. Dezember 2019
  - Manufactured dividends (SLB-Geschäften, Short Selling)
- **Abschaffung der UA auf inländischen Obligationen**
  - Kosten: CHF 25 Mio./p.a.
- **Keine Änderungen** bei den inländischen **kollektiven Kapitalanlagen**
  - **Zinsen** aus inländischen Obligationen unterliegen **bei Ausschüttung resp. Thesaurierung** weiterhin der **VST**

# **Weitere Entwicklungen in der parlamentarischen Beratung**

# Nationalrat

## Nationalrat

- Erstrat, Vorberatung in WAK-N
- **WAK-N** beantragt Eintreten und **Zustimmung zum Entwurf** des BR (17. August 2021)
- **Anträge der WAK-N**
  - **Pragmatismusartikel** (analog MWST)
    - Art. 20b E-VSTG (keine **VST-Erhebung** allein aufgrund von Formmängeln, wenn dem Bund kein Steuerausfall entsteht)
    - Art. 33a E-VSTG (keine Verweigerung der **Rückerstattung** allein aufgrund von Formmängeln, wenn kein Steuerausfall beim Bund entsteht)
  - **Abschaffung UA bei ausländischen Obligationen mit kurzer Restlaufzeit** (nicht mehr als 12 Monate; analog Geldmarktpapiere; Art. 14 Abs. 1 lit. g E-STG)

# Nationalrat / Ständerat

- **Anträge der WAK-N**
  - **Steuerausnahme bei inländischen kollektiven Kapitalanlagen**
    - Steuerausnahme (Art. 5c lit d. E-VSTG)
    - Bei Erträgen aus Obligationen
    - **Einführung eines dritten Coupons ohne VST**

In der Gesamtabstimmung hat der **Nationalrat** die Vorlage mit 122 zu 68 Stimmen bei 1 Enthaltung **angenommen**

## Ständerat

- Zweitrat
- WAK-S (Sitzung vom 28. Oktober 2021)
- **Abweichungen zum Nationalrat**

# WAK-S

## Ständerat

- **WAK-S beantragt Eintreten auf Vorlage**
- Die VST soll nur für **Zinsen auf Obligationen** abgeschafft werden, die nach **Inkrafttreten** des revidierten **VSTG** **ausgegeben** werden (**Übergangsregelung; unbefristeter Sunset**)
- Steuerausnahme bei inländischen **kollektiven Kapitalanlagen** (Einführung eines dritten Coupons ohne VST)
- Die beiden **Pragmatismusartikel** gem. Nationalrat sollen **nicht ins VSTG** ausgenommen werden
- **Gestaffelte Inkraftsetzung**
  - **Abschaffung der VST auf Zinsen auf neu ausgegebenen Obligationen** bereits per **1. Januar 2023**
  - Weitere Reformmassnahmen treten später in Kraft (insb. VST auf Kundenguthaben, UA, TBTF-Ausnahmen)

# WAK-S

## Ständerat

- **Umsatzabgabe**
  - **Nationalrat:** Abschaffung UA bei ausländischen **Obligationen mit kurzer Restlaufzeit**
    - WAK-S will diese Ausnahme nicht (zur bestehenden Ausnahme von ausl. Geldmarktpapieren)
  - Art. 14 Abs. 1 lit. g<sup>bis</sup> E-STG
    - Von der **Umsatzabgabe sind ausgenommen:**
      - Die **Ausgabe und Rücknahme** von Anteilen **ausländischer Geldmarktfonds**
        - Die Anlagen in Wertpapieren auf diejenigen beschränken,  
die eine Restlaufzeit bis zum Endfälligkeitstermin von höchstens 397 Tagen haben

# Beurteilung Beschlüsse WAK-S

## Übergangsregelung bei Obligationen

- Dreifache **Ungleichbehandlung**
  - **Drei parallele Regimes**
  - Legacy-Obligationen (bis Inkrafttreten), TBTF-Instrumente ab 2012 bis Inkrafttreten, Obligationen (inkl. TBTF-Instrumente) ab Inkrafttreten
  - Komplexität, erheblicher Aufwand
  - Haftungsrisiken
- **Cut-off-Date** für Obligationen mit langen Laufzeiten
  - Finaler Sunset (z.B. nach 5 Jahren)
  - Aufwand und Ertrag
    - Aufwand Banken / Behörden / Schuldner / SIX
    - Überschaubarer Mehrertrag durch Übergangsregelung gem. WAK-S

# Beurteilung Beschlüsse WAK-S

## Übergangsregelung bei Obligationen

- **Mittelrückführung** bestehender Auslandsanleihen
  - Relevanter Stichtag
    - Ausgabezeitpunkt Auslandsanleihe vs. Zeitpunkt Mittelrückfluss
- Aufstockungen von Anleihen

## Weitere Überlegungen

- **Politische Mehrheitsfähigkeit** in den Räten
  - NR vs. SR
  - Steuerausfälle, Übergangsregelung
- Mögliches **Referendum**

# Beurteilung Beschlüsse WAK-S

- **Gestaffelte Umsetzung**

- Insb. Obligationen (2023) / Kundenguthaben (ff.)

- **Zeitplan**

- Finale Behandlung in der Wintersession (Differenzbereinigung, insb. Übergangsregelung)?
- WAK-S: Abschaffung der VST auf Obligationenzinsen (1. Januar 2023)
- Referendum
- Inkrafttreten, ggf. gestaffeltes Inkrafttreten

# Stempelsteuer

# Stempelsteuer

## Im Rahmen der VSTG-Reform

- **Bundesrat:** Abschaffung **UA** auf **inländischen Obligationen**
- Zus. **WAK-N:** *Ausnahme ausländischen Obligationen mit kurzer Restlaufzeit von der UA*
- Zus. **WAK-S:** Ausnahme **ausländische Geldmarktfonds** von der UA; folgt WAK-N nicht

## Weitere Reformbestrebungen (parlamentarischen Initiative 09.503)

- **Entwurf 1** (Abschaffung **EA**)
  - Verabschiedung Änderung STG per 18. Juni 2021, Referendum, Abstimmung am 13. Februar 2022
- **Entwurf 2** (Abschaffung **UA** auf **inländischen Wertschriften**)
  - Vom Parlament abgeschrieben
- **Entwurf 3** (Abschaffung **UA** auf den **ausländischen Wertschriften** sowie Versicherungsstempel)
  - Von WAK-N abgeschrieben

- Swiss Banking

Schweizerische Bankiervereinigung  
Aeschenplatz 7 · Postfach 4182 · 4002 Basel

[swissbanking.ch](http://swissbanking.ch)